



JUNGSOZIALISTEN INFORMATIONSDIENST

Herausgeber:

Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD

Redaktion:

Klaus-Detlef Funke, 5 Köln 1, Zülpicher Platz 11, Tel. (0221) 214601

Wolfgang Kiehne, 53 Bonn, Ollenhauerstraße 1, Tel. (02221) 532212

Nr. 15/1974

WAS IST DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS?

Von Johano Strasser

**I. Sozialismus als
radikaler
Humanismus Seite 3**

**II. Die Demokratisierung
der Wirtschaft Seite 4**

**III. Gleiche
Lebenschancen
für alle Seite 6**

**IV. Demokratischer
Sozialismus
und Staat Seite 7**

**V. Die Partei
des demokratischen
Sozialismus und die
sozialdemokratische
Bewegung Seite 10**

WAS IST DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS?

Diese Argumentationshilfe ist nicht in erster Linie für diejenigen gedacht, die bereits von der Notwendigkeit einer demokratisch-sozialistischen Umgestaltung unserer Gesellschaft überzeugt sind. Sie wendet sich vielmehr vor allem an Menschen, die zwar die grobe Ungerechtigkeit und Unvernunft unserer Gesellschaftsordnung erkannt haben, aber noch schwankend sind, in welcher Richtung die Alternative zu suchen ist. Ihnen – und besonders den jungen Menschen unter ihnen – soll in knapper Form der Zusammenhang vermittelt werden, aus dem heraus die Jungsozialisten ihre politischen Forderungen entwickeln, damit sie sich im politischen Umfeld besser orientieren können und die Möglichkeit erhalten, selbst zu beurteilen, ob es sich lohnt, mit den Jungsozialisten für einen demokratischen Sozialismus zu kämpfen.

„Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit.

Diese neue und bessere Ordnung erstrebt der demokratische Sozialismus. „

(Godesberger Programm, Einleitung)

Der Begriff „demokratischer Sozialismus“ stößt sowohl im konservativen Lager als auch bei Teilen der „Linken“ auf heftigen Widerspruch. Für die Rechte verbirgt sich dahinter nichts anderes als der bolschewistische Weltfeind: Gewaltherrschaft und öde Gleichmacherei im scheindemokratischen Gewand. Gegen demagogische Unterstellungen dieser Art genügt der Hinweis, daß diejenigen, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennen, in der deutschen Geschichte stets zu den konsequentesten Vorkämpfern für Freiheit und Demokratie gehört haben.

Wichtiger ist die Kritik von links. Es sind vor allem drei Einwände, die von dieser Seite gegen den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ vorgebracht werden:

- 1. Sozialismus sei der Sache und der Definition nach zur Vollendung gebrachte Demokratie. Deswegen sei der Begriff unsinnig, weil er dasselbe doppelt ausdrückt.**
- 2. Der Begriff diene nur dazu, die Illusion eines „dritten Weges“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu verbreiten, um desto besser eine mit sozialer Tarnfarbe massenwirksam aufgemachte Politik der Absicherung von kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung betreiben zu können.**
- 3. Ein demokratischer Sozialismus als Alternative zum „realen Sozialismus“ sei utopisch und damit zur geschichtlichen Wirkungslosigkeit verdammt, weil er sich in Methode und Ziel nicht an dem orientiere, was in der Praxis der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus historisch konkret geworden sei.**

Zum ersten Einwand ist zu sagen, daß die Geschichte im allgemeinen wenig Respekt vor Definitionen hat. So richtig es ist, daß Sozialismus sich im Kern stets als durchgeführte, erfüllte Demokratie verstand und die Bezeichnung „demokratischer Sozialismus“

somit begriffslogisch anfechtbar ist, so gibt es doch eine historische Berechtigung für ihre Verwendung. Denn es gibt Staaten, die sich sozialistisch nennen und sich als sozialistische begreifen, in denen die vom Begriff her geforderte Einheit

von Sozialismus und Demokratie nicht verwirklicht worden ist. Nun kann man natürlich sagen, daß die bestehenden sozialistischen Staaten nicht „wahrhaft“ sozialistisch sind, und ihnen gegenüber den Standpunkt des „echten“ und „originären“ Sozialismus geltend machen. Doch hat dieses Vorgehen eine Schwierigkeit. Man gerät

nahezu zwangsläufig in einen wenig fruchtbaren scholastischen Streit um die richtige Auslegung der sozialistischen Theorie und ihrer klassischen Vertreter und verliert damit allzu leicht die konkreten Aufgaben, Probleme und Widerstände auf dem Wege zu einer Neuordnung der Gesellschaft aus dem Blick.

In dem zweiten Einwand spiegelt sich die ganze Skala des Argwohns vieler Linker gegenüber der Sozialdemokratie, von der sachlich fundierten Kritik an einem scheinengeschäftigen Reformismus, der vor lauter kurzfristigem Pragmatismus das politische Ziel einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung aus den Augen verliert, bis hin zu der ebenso dummen wie böartigen Sozialfaschismusthese. Heute hat der Einwand zumeist die praktisch-politische Funktion, die Politik des demokratischen Sozialismus als faulen Kompromiß oder Massenbetrug zu diffamieren und alle Versuche eines eigenständigen Weges zu einem humanen und demokratischen Sozialismus – jenseits der falschen Alternative von US-Kapitalismus und sowjetischem Sozialismus – von vornherein abzuqualifizieren.

Der dritte Einwand verkennt, daß die Konzeption eines demokratischen Sozialismus nicht zuletzt gerade aus der kritischen Auseinandersetzung mit dem „realen Sozialismus“ hervorgegangen ist, daß es sich bei ihr nicht um eine historisch bodenlose Utopie, sondern um eine aus der geschichtlichen Erfahrung mit der Realität der sozialistischen Staaten entwickelte Alternative handelt. Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, werden die sozialistische Opposition in den Ländern des „realen Sozialismus“, der Selbstverwaltungssozialismus in Jugoslawien, die demokratisch-sozialistische Massenbewegung der CSSR von 1968 und die erstarkende demokratisch-sozialistische Linke in Westeuropa als historisch konkrete politische Kräfte geleugnet. Hiergegen muß betont werden: **Der demokratische Sozialismus ist nicht aus dem intellektuellen Vergnügen an utopischer Gedankenspielerei entstanden, sondern ist das Produkt höchst realer politischer Kämpfe.**

Freilich: Es kann nicht bestritten werden, daß der Begriff „demokratischer Sozialismus“ zuweilen auch in sehr unkritischer Weise als antikommunistischer Kampfbegriff im Kalten Krieg zwischen West und Ost mißbraucht worden ist. Auch in der Sozialdemokratie hat er manchmal als Etikett für politische Vorstellungen

herhalten müssen, die eine platte Rechtfertigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit sozialpolitischen Reformen zu verbinden trachteten und sich im Grunde nur sehr wenig von dem CDU/CSU-Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ unterschieden. In diesem Sinne wird der Begriff hier nicht verstanden. Es wird vielmehr der Versuch gemacht, unter dem Schleier bewußter und unbewußter Mißverständnisse die Konturen eines vorwärtsweisenden Konzepts des demokratischen Sozialismus freizulegen.

Eine solche Klarstellung ihrer politischen Position ist für die Jungsozialisten von besonderer Bedeutung. Denn nur durch eine unmißverständliche positive Darstellung ihres politischen Wollens, ihrer Beweggründe und Ziele, können sich die Jungsozialisten gegen Diffamierung, gleich von welcher Seite, schützen, Unsicherheit und Richtungslosigkeit in der eigenen Organisation überwinden und eine Orientierung geben für alle, die mit ihnen für eine humanere, gerechtere, freiere und reichere Gesellschaft zu kämpfen bereit sind.

I. SOZIALISMUS ALS RADIKALER HUMANISMUS

Nirgends wird die radikalhumanistische Wurzel des Sozialismus deutlicher als in den Marxschen Frühschriften. Ausgehend von der These, daß „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen“ ist, formuliert Marx als den kategorischen Imperativ aller sozialistischen Politik, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Das Ziel heißt Aufhebung der Entfremdung des Menschen, seiner Abhängigkeit von unbegriffenen „höheren“ Mächten, seines Ausgeliefertseins an ein Schicksal, das er nicht bewußt gestaltet. Der radikalhumanistische Ansatz und die Kritik der Entfremdung sind der Kern des demokratischen Sozialismus.

Der Mensch muß den Mittelpunkt sozialistischer Politik bilden. Wo er zum Sklaven des Hungers und der Not, zum Anhängsel der Maschine, zum „Faktor Arbeit“, zum Manipulationsobjekt der Werbetechniker und Propagandisten, zum Gegenstand bürokratischer Planung und Verwaltung, zur Nummer auf den Listen der politischen Polizei, zur kalkulierten, verschobenen, ge- und benutzten Figur auf dem Schachbrett der Macht degradiert wird, dort wird er in seiner Menschlichkeit vergewaltigt, ist er sich selbst entfremdet, fremd in einer Welt, die keinen anderen Sinn hat, als von ihm angeeignet, durchdrungen, mit Bewußtsein gestaltet zu werden.

Für den demokratischen Sozialismus ist der Mensch der Maßstab aller Politik. Dies bedeutet nicht, daß er den Menschen als unabänderlich hinnimmt, wie er ist. Der demokratische Sozialismus kapituliert nicht vor dem Menschen mit seiner Not, Unfreiheit, Unwissenheit und seinen unerfüllten Sehnsüchten. Sein Maßstab ist der Mensch in dem, was er sein kann. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Menschen ihre Persönlichkeit voll entfalten können, daß sie in Freiheit sich ihr Leben selbst gestalten können, das ist die große Aufgabe des demokratischen Sozialismus.

Der Mensch ist nicht auf sich allein gestellt, nicht selbstgenügsame Monade, Atom, aus dem der Stoff der Gesellschaft aufgebaut ist. Menschsein bedeutet immer

in Kommunikation mit anderen Menschen, in Kampf und Freundschaft, in solidarischem Handeln zu sich selbst zu finden. Hier liegt eine fundamentale Differenz zum liberal-konservativem Individualitätsbegriff: Individualität und menschliche Freiheit in Selbstbestimmung ist nicht ein gegen die Zumutungen anderer Individuen und der Gesellschaft abgeschotteter Raum; Freiheit und Entfaltung der Individualität ist immer eine gesamtgesellschaftliche Leistung, nur vollziehbar im Austausch mit anderen. Nicht sich die Gesellschaft vom Halse halten, sondern sie so gestalten, daß ich mich in meiner je eigenen Individualität in ihr und durch sie entfalten kann, bedeutet mehr Freiheit. So verstanden ist der andere nicht die Grenze meiner Freiheit und Individualität. Die Freiheit des einzelnen und die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit wird nur verwirklicht im gesellschaftlich vermittelten Austausch mit anderen; die Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit möglichst vieler anderer stellt nicht die Beschränkung, sondern die Bedingung meiner eigenen Freiheit dar.

Das Verständnis von Freiheit und Individualität hat praktisch-politische Folgen. Nach dem liberal-konservativen Verständnis von Freiheit ist ein Mensch frei, wenn er auf sich selbst gestellt in einem definierten „gesellschaftsfreien“ Raum nach eigenem Gutdünken schalten und walten kann. Aber ist eine Rentnerin in einer kleinen Wohnung in einer Mietskaserne, ohne Kontakt zu ihrer sozialen Umwelt, mit Fernseher und Topfpflanzen frei? Kann sie in ihrem aus der Gesellschaft ausgegrenzten Raum ihre Persönlichkeit entfalten? Oder ist derjenige frei, der Tag für Tag mit anderen konkurriert um Karriere und Konsumsymbole, die Verfolger abschüttelt, sich durchboxt zu führender Stellung, die Neider fürchtet und die Schmeichler verachtet?

Der demokratische Sozialismus will ohne volkerzieherische Anmaßung die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Menschen möglichst frei von Angst, Einsamkeit und Konkurrenzdruck in solidarischem Zusammenwirken ihr Leben gestalten können. Nicht als Einzelkämpfer in einer feindlichen Umwelt, sondern in Kommunikation und Kooperation mit seinen Mitmenschen entfaltet der Mensch den ganzen Reichtum seiner Persönlichkeit.

Mehr soziale Gerechtigkeit — mehr Demokratie

Freilich, wenn Individualität und Freiheit sich nur in der Gesellschaft entfalten können, so heißt dies doch nicht, daß der einzelne nichts, das Kollektiv, das Volk, die Gattung alles sei. Freiheit als gesamtgesellschaftliche Leistung muß individuell erlebbar, gestaltbar und vollziehbar sein oder sie ist keine Freiheit. Die Vielfalt der Individuen, nicht ihre Gleichheit machen den Reichtum der Gesellschaft aus. **„Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“ (Rosa Luxemburg)**

Um allen die Chance der Freiheit und der Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu sichern, bedarf es grundlegender Veränderungen in der Struktur unserer Gesellschaft:

— Die skandalöse Ungleichheit der materiellen Lebensbedingungen muß zugunsten echter Chancengleichheit aufgehoben werden.

— Die Demokratie muß als umfassendes Gestaltungsprinzip in allen Lebensbereichen geltend gemacht werden.

„Mehr soziale Gerechtigkeit“ und „mehr Demokratie“ bezeichnen darum die Leitlinien der Politik des demokratischen Sozialismus.

Beide Forderungen sind nach dem Verständnis des demokratischen Sozialismus eng miteinander verknüpft. Der Demokratiebegriff, der hier zugrunde liegt, entspricht nicht den liberal-konservativen Demokratievorstellungen, die Demokratie auf die periodische Wahl von Führungseliten im Staat beschränken. Vielmehr erhält die Demokratie eine umfassende soziale Dimension: **„Im demokratischen Staat muß sich jede Macht demokratischer Kontrolle fügen“** (Godesberger Programm). Wo Sozialismus begriffen wird als ein Prozeß der fortschreitenden Befreiung des Menschen von unbegriffenen und unkontrollierten Mächten, wo Sozialismus sich orientiert an dem Ziel der geplanten Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Menschen, ist die Forderung nach Erweiterung der demokratischen Einflußchancen in allen Lebensbereichen die zentrale politische Forderung, die Weg und Ziel des demokratischen Sozialismus als dialektische Einheit

faßt. In diesem Sinne heißt es im Godesberger Programm: **„Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“**

Volle Entfaltung der Demokratie durch Sozialismus

Dieser Satz stellt eine doppelte Herausforderung dar: Gegenüber den Vertretern eines autoritären Sozialismus beharrt er darauf, daß Sozialismus nicht verordnet, sondern nur als das Werk einer zielbewußten Mehrheit geschaffen werden kann. Gegenüber dem verkürzten Demokratieverständnis bürgerlich-konservativer Kreise entfaltet er die innere Dynamik des Demokratiebegriffs, indem er die Postulate der Gleichheit und der Volkssouveränität auf alle Lebensbereiche anwendet. Der Mensch wird nicht künstlich aufgespalten in einen „Staatsbürger“ mit demokratischen Rechten und einen „Privatmann“ der in fremdbestimmter Arbeit und Freizeit von bewußter Mitgestaltung seines Lebens ausgeschlossen wird. **Der demokratische Sozialismus nimmt den Menschen als eine untrennbare Einheit und als solche soll jeder Mensch seine Lebensbedingungen bewußt prägen können. Für den demokratischen Sozialismus gilt, daß die Demokratie wirksam und auf Dauer nur garantiert werden kann, wenn sie sozial verankert wird.**

Hier aber kollidiert das Prinzip der Demokratie mit der Wirklichkeit unserer Gesellschaft. **Durch eine in Form und Inhalt immer noch weitgehend undemokratische Ausbildung, durch inhumane Arbeitsbedingungen und Herrschaftsstrukturen in den Betrieben und sonstigen Arbeitsstätten, durch die Monopolisierung von Informationen in den Spitzenpositionen von Wirtschaft und Staat, durch eine mittels kapitalabhängiger Medien weitgehend im Interesse einer privilegierten Minderheit geprägten Öffentlichkeit, durch den erpresserischen Einsatz wirtschaftlicher Macht und nicht zuletzt durch den Einfluß der gesellschaftlichen Machtverhältnisse auf Legislative und Exekutive, auf Recht und Rechtsprechung wird die Mehrheit des Volkes fortwährend in der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer in der Verfassung der Bundesrepublik garantierten Rechte behindert. Es ist die erklärte Absicht des demokratischen Sozialismus, die sozialen Barrieren der Demokratie abzutragen und so die Demokratie durch den Sozialismus zur vollen Entfaltung gelangen zu lassen.**

II. DIE DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Die menschliche Arbeit und die Formen ihrer Organisation bestimmen wesentlich die Möglichkeiten des Menschseins. Wird der Mensch als Person, als Gestalter seines Lebens ernstgenommen, so muß dies vor allem für den Bereich der Wirtschaft Auswirkungen haben. In den einzelnen Betrieben und Unternehmen geht es um humanere Arbeitsbedingungen, gerechtere Lohnfindung, Abbau unwürdiger Abhängigkeiten und unnützer Hierarchien und mehr Mitwirkung aller Betroffenen an

den Entscheidungen. In der Gesamtwirtschaft geht es darum, die Möglichkeiten einer vernünftigen demokratischen Planung und Lenkung des Einsatzes volkswirtschaftlicher Mittel zu erweitern, damit sozial schädliche Konsequenzen vermieden werden können und die gesellschaftliche Arbeit für alle den größtmöglichen Nutzen bringt. Darüber hinaus soll die Demokratisierung der Wirtschaft auch einer sich fortwährend verstärkenden höchst gefährlichen Tendenz der Anhäufung demokra-

tisch nicht kontrollierter Macht in wenigen Händen und dem Mißbrauch dieser Macht entgegenwirken.

Dies letztere ist umso wichtiger als die Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen einer kleinen Schicht von Kapitaleignern und -verfügnern heute die Möglichkeit gibt, die demokratisch legitimierten Organe des Staates zu erpressen, demokratisch gefällte Entscheidungen zu unterlaufen und so den Willen der Mehrheit zu mißachten, wie für die Öffentlichkeit am deutlichsten in der sogenannten „Ölkrise“ offenbar geworden ist. Diesen Zustand beschreibt das Godesberger Programm folgendermaßen: „Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.“

Wenn auch an dieser Stelle des Godesberger Programms das Problem der wirtschaftlichen Macht zu sehr personalisiert wird, so ist doch der Zusammenhang von wirtschaftlicher Machtkonzentration und politischer Macht unzweifelhaft richtig gesehen. Hier liegt der Kern der Klassenstruktur in unserer Gesellschaft. **Für den demokratischen Sozialismus, der davon ausgeht, daß „im demokratischen Staat . . . sich jede Macht demokratischer Kontrolle fügen muß“** (Godesberger Programm), stellt sich hier also die Aufgabe, die Entscheidungen über das Wie, das Was und das Wo von Produktion und Absatz demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.

Verstaatlichung oder Vergesellschaftung

Was die Lösung dieser Aufgabe angeht, sind wir heute durchaus nicht mehr auf Spekulationen und waghalsige Experimente angewiesen. Aus den (negativen) Erfahrungen mit der stalinistischen Planwirtschaft können wir lernen, daß eine zentralistische Planung bis in alle Einzelheiten von Produktion und Handel weder demokratisch im Sinne größtmöglicher Beteiligung der Betroffenen noch effektiv ist. Aus diesem Grunde haben die Jungsozialisten auch nie die Forderung vertreten, alle Produktionsmittel müßten verstaatlicht und die Gesamtwirtschaft durch ein System umfassender zentraler Planung geregelt werden. Der Forderung nach Verstaatlichung haben die Jungsozialisten die Forderung nach Vergesellschaftung der entscheidenden Bereiche des Industrie-, Handels- und Dienstleistungskapitals sowie des Finanzsektors (Banken und Versicherungen) entgegengesetzt, weil sie nicht so naiv sind, sich von der Ersetzung der Konzernbürokratie durch Staatsbürokratien demokratische Wunder zu versprechen.

Die Forderung nach Vergesellschaftung der „Schlüsselbereiche“ der Wirtschaft (vgl. DGB-Grundsatzprogramm) wird vor allem unter zwei Gesichtspunkten erhoben:

- dem der Aufhebung einseitiger und demokratiegefährdender Machtkonzentration
- und dem der Notwendigkeit planvoller Gestaltung des Wirtschaftsablaufs.

Unter beiden Gesichtspunkten geht es nicht so sehr um eine abstrakte Übertragung von Eigentumstiteln, als vielmehr um die Organisation von Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft, d. h. um die **Demokratisierung der Verfügungsgewalt**. Aus einem verbreiteten Eigentumsfetischismus heraus wird allerdings häufig verkannt, daß die Frage nach der Verfügungsgewalt in der Tat die

radikalere Fragestellung ist, die allein die Aufgabe einer alternativen Gesellschaftsorganisation klar bezeichnet.

Es kann hier nicht darum gehen, ein umfassendes Modell einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsorganisation zu entwerfen. Aber einige Grundlinien dazu sollen doch aufgezeigt werden, soweit sie sich aus dem Selbstverständnis eines undogmatischen und demokratischen Sozialismus herleiten lassen:

1. Zentralistische Planung und Lenkung der gesamten Volkswirtschaft nach stalinistischem Vorbild ist historisch widerlegt. Dennoch kann auf zentrale Planung und Koordination der Wirtschaftsabläufe nicht verzichtet werden, wenn die Strukturprobleme unserer Gesellschaft nicht katastrophale Ausmaße annehmen sollen.

An diesem Prozeß der zentralen Planung sind die Gewerkschaften maßgeblich zu beteiligen. Aber eine zentrale demokratisch kontrollierte Datensetzung und Steuerung muß notwendig ergänzt werden durch eine dezentrale Feinsteuerung, weil die Volkswirtschaft sonst nicht schnell und flexibel auf wechselnde Bedürfnisse reagieren kann. Als Instrument der Feinsteuerung hat der Markt auch in einer sozialistischen Volkswirtschaft eine wichtige Funktion.

Freilich hat die veränderte Form der Wirtschaftsorganisation (Vergesellschaftung, Rahmenplanung) auch zur Folge, daß sich die Marktmechanismen in einer Reihe von Punkten ändern. Zum Beispiel werden der brutale Kampf um Marktmacht bis zur totalen Vernichtung der (des) Konkurrenten, die Manipulation der Verbraucher zum Zwecke kurz- und langfristiger Absatzsicherung, bewußte Verschleißproduktion, und andere Auswüchse des kapitalistischen Marktes ausgeschaltet.

2. Das entscheidende Problem einer vernünftigen und demokratischen Gestaltung der Wirtschaft liegt darin, wie sichergestellt werden kann, daß das Vorgehen der einzelnen Unternehmen die gesamtgesellschaftlich notwendige Planung nicht konterkariert, sondern ausfüllt, ohne daß ein Übermaß bürokratischer Zwangsmaßnahmen die relative Autonomie der Einzelunternehmen in Frage stellt. Zur Lösung dieser Frage sind eine Reihe verschiedener Instrumente imperativer und indikativer Planung bereits vorhanden. Zu diesen bereits vorhandenen Instrumenten müssen neue hinzukommen.

Das wichtigste Element ist das der Vergesellschaftung von wichtigen Teilbereichen der Wirtschaft. Um die Geldströme nach gesamtgesellschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen lenken zu können, ist es notwendig, den Banken- und Versicherungsapparat öffentlicher Kontrolle zu unterstellen. Wegen der hohen Selbstfinanzierungsrate großer Unternehmen genügt diese Maßnahme allein nicht, um einen planvollen Einsatz volkswirtschaftlicher Mittel im Interesse der Allgemeinheit zu ermöglichen. Darum müssen darüber hinaus die wichtigsten Bereiche des Industrie-, Handels- und Dienstleistungskapitals vergesellschaftet werden,

da von diesen Bereichen her die entscheidenden Daten für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft gesetzt werden.

3. Vergesellschaftung muß sich leiten lassen von dem Grundsatz der Beteiligung aller Betroffenen an Kontrolle und Leitung der Unternehmen. Dies bedeutet, daß die Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und staatlicher Instanzen an Kontrolle und Leitung der Unternehmen erforderlich ist. Die verschiedenen Gruppen bringen verschiedene Aspekte, Motive und Interessenlagen in die Verwaltung der Betriebe ein:

- die Belegschaften und ihre gewerkschaftlichen Vertreter u. a. den Aspekt der humanen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der gerechten Entlohnung und der Arbeitsplatzsicherheit,
- staatliche Instanzen den Aspekt der Berücksichtigung externer Effekte von Produktion und nachfolgendem Konsum sowie der notwendigen Abstimmung mit anderen Wirtschaftstätigkeiten im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Planung,
- möglicherweise auch Verbrauchervertreter das Interesse an guten und billigen Gütern und Dienstleistungen.

Die Beteiligung so unterschiedlich motivierter Gruppen an Kontrolle und Leitung der Unternehmen macht es auch notwendig, einen neuen betriebswirtschaftlichen Erfolgsmaßstab zu entwickeln, der den Gesichtspunkt der betrieblichen Rentabilität mit dem des sozialen Nutzens verbindet.

4. Für viele Klein- und Mittelunternehmen kann eine Verschärfung der Gewerbeaufsicht und Ausweitung der Mitbestimmung sinnvoller sein als andere Formen der Vergesellschaftung. Ergänzt werden müssen diese Maßnahmen durch einen großzügigen Ausbau der gesetzlichen Auflagen zur sozialen Sicherung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, eine arbeiterfreundliche Novellierung des Arbeitsrechts, wirksame Vorkehrungen gegen Arbeitsunfälle, bessere betriebsärztliche Versorgung, usw. Für weitere Bereiche im Handels- und Agrarsektor sowie bei Teilen des Handwerks bieten sich genossenschaftliche Organisationsformen als besonders leistungsfähig an. Eine dogmatische Festlegung auf ein Organisationsmodell für alle Zweige der Wirtschaft wird abgelehnt.

5. Mehr Demokratie in der Wirtschaft bedeutet aber auch unmittelbare Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen dort, wo sie die Wahrnehmung übergeordneter Interessen der Gesamtgesellschaft nicht gefährdet. Dies gilt vor allem für die Selbstorganisation der Arbeitsprozesse im Rahmen vereinbarter Produktionsziele. Die unmittelbare Selbstorganisation in der Arbeitsgruppe ist ein bedeutsamer Schritt zur Emanzipation des arbeitenden Menschen und ein hervorragendes Feld der Einübung demokratischer und solidarischer Verhaltensweisen.

Diese knappe Skizzierung einiger Grundlinien einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsorganisation dient nur dazu, Möglichkeiten aufzuzeigen. Es geht nicht um verpflichtende Modelle, die für alle Teilbereiche der Wirtschaft und unter allen historischen, soziologischen, geographischen, traditionellen Bedingungen Gültigkeit beanspruchen können.

III. GLEICHE LEBENSCHANCEN FÜR ALLE

Gerade weil der demokratische Sozialismus die ganze Vielfalt menschlicher Möglichkeiten zur Entfaltung gelangen lassen will, muß er es sich zur Aufgabe machen, allen Menschen die Chance zu geben, ihre Anlagen in Ausbildung, Beruf und Freizeit zu entwickeln.

Der Kapitalismus hat dazu geführt, daß eine soziale Kluft die Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten von einer zahlenmäßig geringen Gruppe von Privilegierten trennt. Diese soziale Kluft zeigt sich in den immensen Einkommensunterschieden, die von den knapp 400 DM Monatsverdienst einer ausländischen Arbeiterin bis zu mehreren 100 000 DM im Monat bei Unternehmern und Managern reichen. Sie zeigt sich auch an der skandalösen Vermögensverteilung in unserer Gesellschaft, die durch die Tatsache gekennzeichnet ist, daß 1,7 Prozent der Bevölkerung 74 Prozent des gesamten Produktivvermögens besitzen. Sie ist aber auch deutlich ablesbar an den unterschiedlichen Wohnver-

hältnissen in Arbeitervierteln und den Villen-Vororten der feinen Leute sowie an den ungleichen Bildungschancen von Kindern verschiedener sozialer Schichten.

Wenn wir die soziale Chancenungleichheit, wie sie durch den Wildwuchs kapitalistischer Bereicherung sich herausgebildet hat, anschauen, so bietet sich über die eindeutige Trennung zwischen dem Großkapital auf der einen und der Masse der abhängig Beschäftigten auf der anderen Seite hinaus eine komplizierte Struktur von Abhängigkeiten und Benachteiligungen. Arbeiter und kleine Angestellte sind in aller Regel nicht nur gegenüber den Besitzern von Produktionsmitteln, sondern auch gegenüber den übrigen abhängig Beschäftigten (Beamten, mittleren und höheren Angestellten) und den kleinen Selbständigen benachteiligt. Weibliche Arbeiter sind wiederum gegenüber ihren männlichen Kollegen, ausländische Arbeiter gegenüber ihren deutschen Kollegen, Bewohner ländlicher Gebiete in vieler

Hinsicht (Arbeitslöhne, Bildung, Kultur, Verkehr) gegenüber Bewohnern der Städte und Ballungsräume im Nachteil. Würde man eine soziale Rangskala nach den Kriterien Einkommen, Vermögen, Wohnverhältnisse, Bildungschancen, Zugang zu kulturellen Einrichtungen, Sozialprestige etc. anlegen, so würde zweifellos auf der untersten Stufe der weibliche ausländische Arbeiter in ländlichen Gebieten stehen, während ganz oben in unerreichbarer Ferne für 90 Prozent der Bevölkerung der große Unternehmer mit Luxusvillen und Privatjet rangieren würde.

Es ist das erklärte Ziel des demokratischen Sozialismus, die schreiende soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft aufzuheben. Diesem Ziel dient sehr wesentlich auch die Demokratisierung der Wirtschaft. Denn durch die Herrschaft über die Mittel der Produktion und die Einrichtungen zur Verteilung von Gütern und Dienstleistungen hat eine kleine Schicht bisher ihre Privilegien immer weiter ausbauen und ihre Herrschaftsposition in einem komplizierten System gestufter Abhängigkeiten absichern können. Aber über die Politik der Demokratisierung der Wirtschaft hinaus gibt es auch noch eine Fülle anderer im weitesten Sinne „verteilungspolitischer“ Maßnahmen, die soziale Benachteiligungen aufheben wollen.

Hier sind in erster Linie die von den Arbeitern selbst und ihren gewerkschaftlichen Organisationen geführten Kämpfe zur Verbesserung ihrer sozialen Lage zu nennen. Eine Politik des demokratischen Sozialismus unterstützt die in Arbeitskämpfen vorgetragenen berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse und fördert die gesellschaftliche Position der Gewerkschaften. Insbesondere treten demokratische Sozialisten in den Gewerkschaften dafür ein, daß bei Tarifkämpfen auch die Benachteiligungen **innerhalb** der Arbeiterklasse durch drastische Anhebung vor allem der unteren Lohnstufen aufgehoben werden.

Der gewerkschaftliche Verteilungskampf muß auf der staatlich-politischen Ebene durch eine Verlagerung der Steuerlasten zugunsten der Bezieher kleiner Einkommen und durch einen großzügigen Ausbau des Systems öffentlicher Leistungen ergänzt werden.

Es gehört zu den zentralen Einsichten des demokratischen Sozialismus, daß viele soziale Benachteiligungen am wirkungsvollsten und nachhaltigsten dadurch behoben werden, daß man das Angebot der öffentlichen Dienstleistungen ausweitet und umstrukturiert. Dies gilt für den gesamten Bereich der sozialen Sicherung, für das Bildungswesen, die öffentlichen Verkehrssysteme, Einrichtungen für Kultur und Freizeitgestaltung usw.; auf allen diesen Gebieten kann Umverteilung zugunsten der sozial Benachteiligten stattfinden. Wichtig ist dabei allerdings, genau zu wissen, welchen Bevölkerungsgruppen die öffentlichen Leistungen vorrangig zugute kommen (Inzidenz der öffentlichen Leistungen), damit auch wirklich der beabsichtigte verteilungspolitische Effekt erzielt wird.

Das System der sozialen Sicherung unter Einschluß des sozialen Wohnungsbaus muß so ausgestaltet werden, daß materielle Not aus dem Alltag unserer Gesellschaft verschwindet. Aber so wichtig dies ist, eine Politik der Chancengleichheit darf nicht allein die im engeren Sinne materiellen Bedingungen für persönliche Entfaltung im Auge haben. Wir wissen heute, wie entscheidend wichtig für das weitere Leben eines Menschen es ist, ob er eine angemessene Ausbildung erhält oder nicht. Der gesellschaftspolitische Skandal, daß heute in der Bundesrepublik immer noch nicht mehr als 13 Prozent aller Studenten aus Arbeiterfamilien kommen und die meisten Hauptschulabgänger keine sinnvolle Berufsausbildung erhalten, kann nur durch gezielte klassenpolitisch orientierte Förderung der Benachteiligten behoben werden.

Zu den Bedingungen menschlicher Existenz gehört aber noch mehr als Sicherung der materiellen Existenz und Ausbildung. Menschliche Wohnverhältnisse, Möglichkeiten der Kommunikation mit anderen Menschen und der schöpferischen Selbst- und Mittätigkeit im kulturellen Bereich sind ebenso wichtig. Auch hier muß eine Politik des demokratischen Sozialismus möglichst gleiche Voraussetzungen und Chancen für alle schaffen. Chancengleichheit bedeutet aber nicht, alles und jedes durch politische Gestaltung regeln zu wollen. Ein in alle Einzelheiten hinein verwaltetes und geplantes Kultur- und Freizeitleben ist eine schreckliche Vision. Es geht nicht um die „Verstaatlichung“ der menschlichen Existenz, sondern darum, in gesellschaftlicher Verantwortung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß jeder Mensch sein Leben in Freiheit selbst gestalten kann.

IV. DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS UND STAAT

Für den demokratischen Sozialismus ist der Staat Mittel, nicht Selbstzweck. Er beurteilt den Staat danach, ob und inwieweit er die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Menschen ihr Leben in Freiheit selbst gestalten können. Nach diesem strengen Maßstab muß der Staat der Bundesrepublik Deutschland in vielerlei Hinsicht kritisiert werden. Auch heute noch ist die Bundesrepublik weit davon entfernt, das zu sein, was sie laut Grundgesetz Artikel 20 sein sollte: ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Mächtige Interessen, die ihren harten Kern in der konzentrierten Wirt-

schaftsmacht haben, dominieren im öffentlichen Leben, verfälschen den Mehrheitswillen der Bevölkerung und behindern den Auf- und Ausbau einer gerechten Sozialordnung. Aber so sehr die Bundesrepublik aufgrund der in ihr vorherrschenden Interessen des Kapitals ein „kapitalistischer Staat“ ist, so bedeutet dies doch nicht, daß die staatlichen Institutionen und die institutionalisierten Prozesse von Willensbildung und Entscheidung für Einleitung und Durchsetzung gesellschaftlicher Strukturveränderungen nicht genützt werden könnten.

Demokratisierung von Gesellschaft und Staat

Für demokratische Sozialisten ist der Staat der Bundesrepublik nicht einfach ein Instrument des Kapitals oder der Monopole. Vielmehr schlagen sich in der staatlichen Tätigkeit widerstreitende Interessen nieder, wobei freilich aufgrund der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die Interessen mächtiger Kapitalfraktionen eine größere Durchsetzungschance haben.

Die Erinnerung an die faschistische Diktatur in Deutschland und der Vergleich mit diktatorischen Regimen der Gegenwart macht den hohen Wert demokratischer Institutionen unübersehbar deutlich. Darum tut der demokratische Sozialismus bestehende demokratische Institutionen nicht verächtlich als „bloß formale Demokratie“ ab, sondern versucht in ihnen und durch sie die soziale Wirklichkeit im Sinne seiner politischen Zielvorstellungen zu verändern.

Das heißt nicht, daß der demokratische Sozialismus den Staat in seiner gegenwärtigen Form als unabänderlich akzeptiert. Vielmehr muß die Demokratisierung der Gesellschaft Hand in Hand gehen mit einer weiteren Demokratisierung des Staates und der Ergänzung staatlicher Organisationsmodelle durch Formen unmittelbarer Selbstorganisation (z. B. Selbstorganisation bzgl. der Arbeitsprozesse in betrieblichen Arbeitsgruppen, Stadteilräte, selbstverwaltete Jugendzentren, Vereine usw.).

Aber die Politik des demokratischen Sozialismus geht nicht von einer unausweichlichen totalen Konfrontation mit dem Staat aus, sofern dieser demokratische Strukturen aufweist. In der Bundesrepublik geht es nicht um die Zerschlagung des Staates als Vorbedingung für den sozialistischen Aufbau, sondern um die Nutzung des Staates für eine Politik struktureller Veränderungen, die auch eine weitere Demokratisierung des Staates beinhalten.

Eine solche Politik stellt den demokratischen Sozialismus jenseits der falschen Alternative von Reform oder Revolution. Der demokratische Sozialismus will alle zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel nutzen, um eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung zu schaffen. Eine solche grundlegende Veränderung der Gesellschaft ist eine Revolution — auch dann, wenn sie mit reformerischen Mitteln zustandekommt. Ob dieser Weg der friedlichen Entwicklung zum Sozialismus gelingt, hängt davon ab, ob die Gegner einer Politik der Gesellschaftsveränderung die Demokratie auch dann respektieren, wenn sie daran geht, ihre bürgerlichen Schranken zu überschreiten. Es gibt nicht wenige Beispiele aus Geschichte und Gegenwart, die zeigen, daß Kapitaleigner und ihre politischen Vertreter den Versuch machen, die Demokratie mit Gewalt zu liquidieren, wenn sie ihnen gefährlich wird. Der demokratische Sozialismus wird alles daran setzen, die Demokratie in unserem Lande so fest zu verwurzeln, daß ein solcher Versuch aussichtslos ist.

Dies bedeutet heute vor allem, daß gegen alle Versuche einer rechtlastigen Uminterpretation des Grundgesetzes die demokratische und soziale Substanz der Verfassung verteidigt werden muß. Weiter bedeutet dies, daß eine Isolierung der staatlichen Machtapparate (Bundeswehr, BGS und Polizei) von der Gesellschaft

verhindert und eine feste Verpflichtung dieser Institutionen auf die Demokratie von der personellen Zusammensetzung der Führungskader und den Ausbildungsordnungen her gesichert werden muß. Darüber hinaus ist unter diesem Aspekt die Stärkung der Gewerkschaften von ganz besonderer Bedeutung. Es gibt keinen besseren Garanten für die Erhaltung und Erweiterung der Demokratie als eine starke demokratische Arbeiterbewegung.

Diese Haltung zur Demokratie und zu parlamentarisch-demokratischen Strukturen der Willensbildung enthält bereits die klare Zurückweisung des Konzepts der „Diktatur des Proletariats“, wie es unter Lenin und Stalin als verpflichtendes Modell der Übergangsgesellschaft entwickelt wurde. Der sozialistische Staat darf die bürgerlichen Freiheiten, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes der Persönlichkeit nicht eliminieren, sondern soll sie im Gegenteil voll zur Entfaltung bringen. Darüber hinaus ist jede staatliche Organisation, die **ausschließlich** den Willen und die Interessen der Mehrheit

zur Geltung gelangen läßt, mit dem Gedanken einer freien und dynamischen Gesellschaftsordnung unvereinbar. Wo immer unter „Diktatur des Proletariats“ die Ausschließlichkeit des Rechts der Mehrheit und damit verbunden das Recht zur Unterdrückung jeglicher Minderheit verstanden wird, widerspricht dies der Konzeption des demokratischen Sozialismus.

Es wäre sicherlich unverantwortlich, die Lösung der Fragen nach der Organisationsform des sozialistischen Staates dem „revolutionären Prozeß“ zu überlassen.

Der demokratische Sozialismus gibt sich nicht der Illusion hin, daß mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel alle wesentlichen Probleme einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsorganisation gelöst seien. Vielmehr bleibt die Frage der konkreten Gestaltung demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auch für die sozialistische Gesellschaft und für alle Phasen des Weges zu diesem Ziel von entscheidender Wichtigkeit.

Für den demokratischen Sozialismus erschöpft sich die Natur des Staates nicht darin, Mittel zur Durchsetzung der jeweils herrschenden Klasse zu sein. Vielmehr ist er auch eine Struktur zur Zentralisation der Willensbildung und zur Durchsetzung eines in Mehrheitsbeschlüssen sich ausdrückenden allgemeinen Interesses auch gegenüber den einzelnen Gliedern dieser Mehrheit selbst. Insofern geht es weder um die Abschaffung (Zerschlagung) oder das Absterben des Staates, sondern allein um den Ausbau und die Festigung seiner demokratischen Qualität.

Unverzichtbare Prinzipien

Wäre dies unter Sozialisten immer klar gewesen, so hätte auch die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie mit ihren gesellschaftlich bedingten Schranken niemals als ihre platte Negation mißverstanden werden

können, sondern man hätte erkennen müssen, daß die bürgerliche Demokratie Elemente einer Gesellschaftsorganisation hervorgebracht hat, die auch im Sozialismus Geltung haben, ja gerade im demokratischen Sozialismus erst ihre volle Wirkung entfalten. Hierzu gehören neben dem Prinzip der allgemeinen, freien und geheimen Wahl u. a. die Möglichkeit organisierter Opposition, Unabhängigkeit der Rechtsprechung und der Gewerkschaften von der politischen Führung, Minderheitenschutz und Presse- und Meinungsfreiheit.

Diese Prinzipien dürfen von Sozialisten nicht nur aus taktischen Gründen zugestanden werden. Sie sind für eine sozialistische Gesellschaft im Sinne des demokratischen Sozialismus lebensnotwendige Strukturelemente. Dies betont bereits Rosa Luxemburg: „**Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.**“

Um der Entfaltung des Reichtums einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft willen müssen Minderheitenschutz, Meinungs- und Pressefreiheit und Möglichkeiten organisierter Opposition gesichert sein. Eine Gesellschaft, die diese Freiheiten knebelt, muß zwangsläufig stagnieren, ihre eigene schöpferische Weiterentwicklung hemmen und damit den Weg zu mehr Freiheit und Entfaltungschancen für alle blockieren. Denn: **Alles Neue, Verändernde ist zunächst immer Minderheit, Abweichung vom Gewohnten und Gängigen. Wo Abweichung nicht erlaubt ist, wo die Minderheit nicht das Recht hat, vor den Augen aller den Versuch zu machen, zur Mehrheit zu werden, hat das Neue keine Chance, wird eine Gesellschaft zwangsläufig konservativ – auch wenn sie noch so sehr Fortschrittlichkeit auf ihre Fahnen zu heften trachtet.**

Dies bedeutet freilich nicht eine Gleichgültigkeit auch gegenüber Minderheiten, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, über die Mehrheit zu herrschen. Selbstverständlich muß der demokratisch-sozialistische Staat sich gegen undemokratische Kräfte zur Wehr setzen. Er kann nicht zulassen, daß die Prinzipien einer Staat und Gesellschaft durchdringenden Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, die Grundbedingungen für die freie Entfaltung der Menschen, untergraben werden.

Um zu verhindern, daß sich staatliche Macht in wenigen Händen konzentriert und sich von der Mehrheit und ihren Bedürfnissen entfremdet oder sich gar gegen sie kehrt, müssen wirksame demokratische Kontrollinstanzen und von der politischen Führung

unabhängige Korrektive existieren. Das Prinzip der allgemeinen, freien und geheimen Wahl bei echten Alternativen ist eine solche Instanz. Unabhängige Rechtsprechung und autonome Gewerkschaften dienen demselben Zweck. Es ist eine Illusion zu meinen, daß in einem sozialistischen Staat Gewerkschaftsautonomie überholt sei, weil ja die Arbeiterklasse selbst den Staat in der Hand habe. Wo immer Delegation von Macht existiert – und sie ist nach allem, was wir wissen, in allen hochkomplexen Gesellschaften notwendig – ist die Gefahr des Mißbrauchs von Macht und damit die Notwendigkeit der Kontrolle und gegebenenfalls des Widerstands gegeben. Dieses Problem ist durch keine scholastische Argumentation aus der Welt zu schaffen.

Die demokratische Qualität des Sozialismus steht und fällt mit der demokratischen Qualität des sozialistischen Staates. Je durchsichtiger die staatlichen Institutionen für die Öffentlichkeit, je unmittelbarer der Bürger an den Prozessen der Willensbildung und Entscheidung beteiligt wird, und je freier das Spiel von Meinung und Gegenmeinung sich entfalten kann, um so eher ist der Staat geeignet, als Organisationsform einer sozialistischen Gesellschaft zu dienen.

Internationale Zusammenarbeit der Sozialisten

Zum Staatsverständnis des demokratischen Sozialismus gehört es auch, daß von vornherein nationalistische Beschränktheit vermieden und die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterbewegung als vordringliche Aufgabe gesehen wird. Diese Aufgabe erhält eine besondere Aktualität aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Staaten und der vielfältigen „asymmetrischen Abhängigkeitsstrukturen“ (Senghaas) in wirtschaftlicher, politisch-militärischer und technologisch-wissenschaftlicher Hinsicht innerhalb des imperialistischen Weltsystems. Für die Bundesrepublik muß der Hauptakzent auf der politischen und gewerkschaftlichen Kooperation in Westeuropa liegen, wobei diese

Politik getragen sein muß von sozialer Verantwortung gegenüber den Ländern der Dritten Welt.

Europäischer Großmachtchauvinismus ist unvereinbar mit den Zielen des demokratischen Sozialismus. Ohne eine enge und inhaltlich klar umrissene Kooperation der sozialistischen Parteien und der großen Gewerkschaften in Westeuropa, ohne eine Fortsetzung der Politik der Entspannung gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts und ohne eine vom Prinzip der Solidarität aller Ausgebeuteten getragenen Politik gegenüber den Ländern der „Dritten Welt“ wird es für die Bundesrepublik keine Entwicklung zum demokratischen Sozialismus geben können.

V. DIE PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS UND DIE SOZIAL-DEMOKRATISCHE BEWEGUNG

Der Satz, daß der Zweck die Mittel heilige, verkennet die unaufhebbare Wechselbeziehung zwischen den Mitteln und Methoden der politischen Arbeit einerseits und den politischen Zielen andererseits. Es gehört zu den Grundüberzeugungen des demokratischen Sozialismus, daß die Mittel und Methoden die Qualität des Ziels bereits in sich tragen müssen, wenn das Ziel nicht im Laufe des gesellschaftlichen Umwandlungsprozesses entstellt und schließlich aus den Augen verloren werden soll. Dies hat schwerwiegende Konsequenzen für die innere Organisation der Partei des demokratischen Sozialismus und die Art und Weise, in der sie Politik betreibt.

Die Partei des demokratischen Sozialismus darf sich nicht als mit besonderer Einsicht ausgestattete Avantgarde der Arbeiterklasse begreifen. Sie ist nicht und darf nicht sein, was Havemann mit Blick auf die Führung der SED die Hauptverwaltung „ewige Wahrheiten“ nennt, wenn sie an dem Marx'schen Grundsatz festhalten will, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, d. h. daß der Sozialismus nur durch den bewußten Willen der Mehrheit und nicht durch die geschickte Regie einer revolutionären Zentrale Wirklichkeit werden kann. Vielmehr muß die Partei „die Magd der Arbeiterklasse“ (Steffen) sein; ihre Interessen müssen sie leiten, ihr gegenüber muß sie sich ständig neu legitimieren.

Unterstützung durch die Bevölkerung

Dies bedeutet nicht, daß die Partei in eine passive Rolle gegenüber einer sich selbst bewegenden „revolutionären Masse“ geriete, daß sie gewissermaßen nur Instrument in den Händen der Arbeiterklasse sei. Die Partei hat notwendig eine Initiativrolle wahrzunehmen, sie muß auf der Grundlage ihrer Programmatik konkrete Politikschritte und Alternativen formulieren und versuchen, dafür Mehrheiten zu gewinnen. Eine Partei, die sich in der konkreten Ausformung ihrer Politik immer nur dem vermuteten oder tatsächlichen Populärkeitstrend anpassen würde, wäre nur scheinbar demokratisch.

In Wirklichkeit entzieht sie sich der politischen Verantwortung, indem sie die Konturen verwischt, sich nicht mit einer klaren Konzeption den Wählern stellt und oftmals wider besseres Wissen Maßnahmen ergreift, die zwar kurzfristig populär sein mögen, aber alsbald sich als schädlich für die Allgemeinheit herausstellen. Wenn also von der Partei als der „Magd der Klasse“ die Rede ist, so schließt dies geradezu ein, daß sie eigene Initiativen entwickelt, verantwortungsbewußt vorausdenkt und Lösungen für Probleme sucht, die zuweilen im Bewußtsein der Mehrheit noch nicht einmal als klar umrissene Probleme erkannt sind. Gerade weil zunehmend und mit wachsender Intensität (verteilungs-

politische) Interessengegensätze innerhalb der Arbeiterklasse im weitesten Sinne aufbrechen, ist die Partei unersetzlich für die Aufgabe der Herausbildung eines Konsenses über Richtung und Geschwindigkeit des gewünschten gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Aber: Bei all dem muß sich die Partei doch immer wieder neu der Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung versichern. Nur in mühevoller Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit kann diese Unterstützung gewonnen werden.

Offene Diskussion

Daß dabei auch häufig die Vorstellungen der Partei korrigiert werden müssen, ist selbstverständlich. Eine Partei, die nicht dogmatisch erstarren oder über die Köpfe der von ihr Vertretenen hinweg Politik betreiben will, muß jederzeit bereit und in der Lage sein, ihr Vorgehen in Frage zu stellen, die konkreten Schritte zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus dem neuesten Erkenntnisstand und den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen und ihre Politik darauf zu überprüfen, ob sie auch tatsächlich geeignet ist, das Ziel einer freieren, reicheren, gerechteren und humaneren Gesellschaft zu fördern.

Eine solche Partei kann keine straff organisierte Kaderpartei sein. Sie muß offen gegenüber der Gesellschaft, in der sie wirkt, und innerlich nach demokratischen Prinzipien strukturiert sein. Nur die offene Diskussion und das solidarische Vorgehen auf der Basis mehrheitlicher Entscheidungen garantieren jene Lebendigkeit und zugleich Schlagkraft, die eine Massenpartei braucht, wenn sie die Gesellschaft von Grund auf verändern will. **Die organisierte Einfallslosigkeit bürokratisch erstarrender Apparate ebenso wie alle romantischen Vorstellungen revolutionärer Geheimbünde sind völlig untauglich als Organisationsformen für eine Partei, die auf der Grundlage einer bewußten Mehrheit den Weg zum demokratischen Sozialismus gehen will.**

Gruppenbildung notwendig

Zu einer innerlich demokratisch strukturierten Massenpartei, die sich offen hält für die verschiedenen Strömungen an der Basis der Gesellschaft, ist Gruppenbildung nicht nur eine natürliche Sache, sondern geradezu notwendig, um Willensbildungsprozesse vorzustrukturieren, Minderheiten die Möglichkeit der Artikulation ihrer Vorstellungen zu geben und so die Fähigkeit zur ständigen Selbsterneuerung zu erhalten. Ein Verbot solcher Gruppenbildung („Verbot der Fraktionsbildung“) wäre unvereinbar mit demokratischen Prinzipien und schädlich für die ganze Partei. Freilich darf es nicht zur Abkapselung einzelner Gruppen gegeneinander und zu einer völligen Aufsplitterung der Partei kommen. Die Gruppen müssen gegeneinander offen sein, miteinander

kommunizieren und im gegliederten Willensbildungsprozeß der Partei die Erreichung eines tragfähigen Konsenses fördern, der die Grundlage gemeinsamen Handelns bildet.

Eine Partei, die unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft das Ziel des demokratischen Sozialismus verfolgt, kann dies nicht auf sich allein gestellt tun. Zu groß ist die Macht des Kapitals, zu fest sind die Strukturen, die es zu verändern gilt, als daß dies allein durch eine Partei und allein über die parlamentarische Ebene möglich wäre. Aus diesem Grunde hat sich die sozialdemokratische Partei auch stets als Teil einer umfassenden, sozialdemokratischen Bewegung begriffen. Wenn es auch manchmal so aussah, als habe die SPD diese Einsicht verdrängt und sich gänzlich und ausschließlich der parlamentarischen Arbeit verschrieben, so weist doch der Vorstand der SPD neuerdings wieder darauf hin, „**daß eine Politik des demokratischen Sozialismus durch staatliche Maßnahmen und durch die Partei allein nicht durchzusetzen ist. Sie bedarf einer breiten in der gesamten Gesellschaft wurzelnden Bewegung.**“

Doppelstrategie

Hier liegt im Grunde dieselbe Auffassung vor wie in dem Konzept der Doppelstrategie, das die Jungsozialisten formuliert haben:

ERLÄUTERUNG SCHWIERIGER BEGRIFFE UND FREMDWÖRTER

Pragmatismus

hier politische Haltung, die sich ausschließlich die Lösung isolierter tagespolitischer Probleme zur Aufgabe macht und jegliche theoretisch-strategische Grundlegung des politischen Handelns verabscheut.

Sozialfaschismusthese

Von der KPD in der Weimarer Republik gegen die deutsche Sozialdemokratie gerichtete Behauptung, diese betreibe eine aggressiv-nationalistische Politik, die sich im Kern nicht von der der NSDAP unterscheide. Deswegen sei die SPD (und nicht die NSDAP) als der politische Hauptgegner zu betrachten.

Kategorischer Imperativ

unbedingte Forderung; nach Kant oberster moralischer Grundsatz, der als Leitlinie des Handelns dient.

Postulate

Forderungen.

Nur durch das Zusammenspiel von Arbeit in den Institutionen und Mobilisierungsarbeit an der gesellschaftlichen Basis lassen sich grundlegende Veränderungen der Machtstrukturen unserer Gesellschaft zugunsten der arbeitenden Mehrheit bewirken. Dabei hat die Basisarbeit nicht nur den Sinn, vorgefaßte Reformkonzepte „unters Volk“ zu bringen. Mobilisierung der Betroffenen für ihre eigenen Interessen hat auch zum Ziel, unterdrückte Forderungen freizusetzen, demokratische Verhaltensweisen einzuüben und die Erstarrung der Partei selbst zu verhindern.

Das Verhältnis der Partei zur sozialdemokratischen Bewegung insgesamt darf nicht als einseitiges Verhältnis gesehen werden. Wenn auch die Partei eine Führungsrolle insofern hat, als sie die konkreten politischen Alternativen und Schritte zu ihrer Verwirklichung formuliert, so wird sie doch auch ihrerseits beeinflusst und in ihrer Entwicklung geprägt durch die Arbeiterbewegung als ganze. Am wichtigsten ist hierbei das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften. Nur wenn dieses Verhältnis geprägt ist von gegenseitigem Vertrauen und wenn es gelingt, unter Wahrung der jeweiligen Selbständigkeit eine gemeinsame Strategie zu verfolgen, kann die große Aufgabe der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne des demokratischen Sozialismus gelingen.

Volkssouveränität

Auffassung, daß das Volk (die Mehrheit) und nicht ein König, eine Elite usw. die oberste Entscheidungsinstanz im Staat ist. Die Lehre von der Volkssouveränität war entscheidend in der Vorbereitung der bürgerlichen Revolution.

usurpieren

sich anmaßen, sich widerrechtlich aneignen.

zentralistische Planung

Planung, bei der alle Entscheidungen in einer Zentrale getroffen werden und die untergeordneten Instanzen arbeitsteilig den Plan auszuführen haben.

dialektische Einheit

Weg und Ziel des demokratischen Sozialismus bedingen einander wechselseitig. Sie bilden insofern eine Einheit, als die demokratische Qualität des sozialistischen Ziels nur mit ihm angemessenen demokratischen Mitteln, d. h. durch den Willen einer zielbewußten Mehrheit, erreichbar ist. Dialektisch wird diese Einheit genannt, weil beide Glieder nicht einfach dasselbe sind, sondern der (begriffliche) Gegensatz von Mittel (Weg) und Ziel sich in der geschichtlichen Wirklichkeit aufhebt.

Eigentumsfetischismus

hier Überbetonung der Frage des (juristischen) Eigentums; häufig verbunden mit der Auffassung, daß die Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln allein bereits alle wesentlichen politischen Probleme löse.

undogmatisch

Gegensatz: dogmatisch = eine Auffassung, die von unverrückbaren und jeder Diskussion entzogenen Grundsätzen ausgeht; unbeweglich im Denken.

dezentrale Feinsteuerung

Nicht von einer Zentrale, sondern von untergeordneten Wirtschaftseinheiten selbständig geleitete Steuerung der Investitionen und der Produktion nach der inhaltlich und mengenmäßig wechselnden Nachfrage; die Feinsteuerung erfolgt nach dem skizzierten Modell im Rahmen verhältnismäßig **grober zentraler** Planvorgaben.

Konterkarrieren

durchkreuzen, zunichte machen.

imperative und indikative Planung

Imperative Planung arbeitet mit Geboten und Verboten, während die **indikative** Planung Daten setzt (z. B. Diskontsatz usw.), an denen sich die einzelnen Wirtschaftseinheiten (Unternehmen) orientieren können (und es aus ihrem Gewinninteresse heraus zumeist auch tun).

Emanzipation

Befreiung aus Zwangs- und Unterdrückungsverhältnissen zur Selbstbestimmung.

institutionalisierte Prozesse der Willensbildung und Entscheidung

Verfahren der Willensbildung und Entscheidung, die durch genaue Verfahrensvorschriften und eigens für diesen Zweck geschaffene Einrichtungen (z. B. Parlament, Räte, Ausschüsse usw.) dauerhaft geregelt sind.

BGS

Bundesgrenzschutz

Diktatur des Proletariats

Von Marx und Engels als Bezeichnung für die politische Form der nachbürgerlichen Übergangsgesellschaft eingeführt (vgl. Marx, Kritik des Gothaer Programms der deutschen Sozialdemokratie 1875). Marx verstand unter „Diktatur des Proletariats“ eine Form der Räteherrschaft, wie sie sich in der Pariser Kommune 1871 herausbildete. Lenin u. a. verband den Begriff mit Vorstellungen autoritär-zentralistischer Verwaltung und unbedingter Herrschaft der kommunistischen Partei.

eliminieren

entfernen, tilgen, ausrotten.

Zentralisation der Willensbildung

Herausbildung eines gemeinsamen (Mehrheits-) Willens aus den verschiedenen Willensäußerungen von Einzelnen und Gruppen.

Gewerkschaftsautonomie

Selbständigkeit der Gewerkschaft.

scholastische Argumentation

hier spitzfindige, mit Begriffen spielende Beweisführung.

asymmetrische Abhängigkeitsstrukturen

Verhältnisse der Abhängigkeit zwischen Personen, Staaten usw., bei denen die Abhängigkeit auf der einen Seite größer ist als auf der anderen.

Großmachtchauvinismus

Rücksichtsloses Ausnutzen der Macht des Stärkeren gegenüber kleineren Nationen. Chauvinismus = maßloser Nationalismus.

Avantgarde der Arbeiterklasse

wörtl. Vorhut der Arbeiterklasse; gemeint ist der Teil der Arbeiterklasse, der in der Entwicklung des politischen (Klassen-) Bewußtseins der Masse vorseilt.

straff organisierte Kaderpartei

Partei, die sich aus sorgfältig ausgewählten und von der Führung mit besonderen Aufträgen versehenen Mitgliedern zusammensetzt (Gegensatz: Massenpartei). In der Regel herrscht eine starre Aufteilung von Zuständigkeiten, wobei die Befugnisse von oben nach unten abnehmen.